

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Zögnerweg 8, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Preisdruck-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reichsteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umhüllungen, Schwertiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Zeile-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 10.

Donnerstag, den 24. Januar 1929.

32. Jahrg.

Stadt und Land

„Höhere“ Städter — „einfache“ Landbewohner.

Tagung des Preussischen Landgemeindegewerks West.
Vorland und Hauptausgang des Preussischen Landgemeindegewerks sind in Berlin zu einer Tagung zusammengetreten, die mit einer Sitzung des Hauptauswahlschusses begann. Auf dieser Sitzung sprach Staatsminister a. D. Dr. Drews über „Probleme der Verwaltungsreform im Reich und in Preußen“. Der Redner ging zunächst ausführlich auf das vom preussischen Minister des Innern jüngst entwickelte Reformprogramm ein. Er begrüßte es außerordentlich, daß der Minister die restlose Durchführung der gewerblichen Gleichstellung von Stadt und Land zu bewerkstelligen will. Die in früheren Zeiten vielleicht geschärfte Differenzierung zwischen dem „höheren“ Städter und dem „einfachen“ Landbewohner muß im heutigen Volksstaat unter allen Umständen aufhören. Im dringenden Interesse des ländlichen Landes liegt es, daß das Auscheiden kreisangehöriger Städte aus dem Landkreis nicht mehr wie bisher ein für allemal von einer bestimmten Einwohnerzahl abhängig gemacht wird. Grundhaft jeder rationalen Verwaltungsreform muß sein, daß der Gemeinde alle Aufgaben und Tätigkeiten überlassen werden, die in wirtschaftlich vernünftiger Weise von ihr wahrzunehmen werden können. Zur Eingemeindung als politische Einheiten sind die Eingemeindungen von Landgemeinden in Städte nicht die Wünsche der letzteren hinsichtlich ihrer Ausbreitungsmöglichkeiten auszulagern sein dürfen.

Sobald behandelte der Redner die Frage der Reichsreform. Er wies auf die großen Gefahren hin, die darin liegen, daß die Behördenapparate des Reiches und der Länder sich vielfach schneiden. Den Reformentwurf des Bundes zur Erneuerung des Reiches schätzte er ab, weil Norddeutschland in einseitiger Weise benachteiligt würde. Drews glaubt, daß Preußen sich im höheren deutschen Interesse auf dem Westufer des Bundes zu verhalten sollte. Aber seine Provinzen müssen den bisherigen Änderungen im Prinzip als gleichberechtigte Glieder zur Seite gestellt werden. Alle Aufgaben, die nur von einem wirtschaftlichen Großstadte verwaltem können, müssen auf das Reich übergehen, das zur Ausführung seiner Befehle unmittelbare Befehlsgewalt über jeden Vorkommandanten haben muß. Den Ländern würden vor allem die Kulturfragen reserviert bleiben. Drews glaubt, daß man, genau wie Bismarck es tat, die einseitige Reichsreform den süddeutschen Staaten, so behaupte dies sei, nur durch Einräumung gewisser Verwaltungsrechte abtun müsse.

Als zweiter Redner sprach Ministerialrat Dr. Euren über „Interkommunale Lastenausgleich“. Er gelangte zu dem Resultat, daß den leistungsschwachen Gemeinden die Differenz zwischen ihrem eigenen Kopfzahl und dem Reichsanteil an den Ausgaben verhältnismäßig hoch seien, die Erfahrungsstatistik bestätigten, daß in Gemeinden mit ärmerer Bevölkerung die Zahl der Kinder in der Regel einen relativ größeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmache. Deshalb sei es zweckmäßig, bei der Berechnung des Kopfzahlbetrags für ärmerer Gemeinden eine künstlich erhöhte Einwohnerzahl zugrunde zu legen.

Der Zankapfel.

Das Reichsarbeitsgericht sollte nach Verhandlung der Berufung im Arbeitskonflikt Nordwest folgendes Urteil: Das Urteil des Landesarbeitsgerichts ist hinsichtlich der Berufung unzulässig. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg vom 12. November 1928 wird zurückgewiesen. Der in der Streitsache der Parteien ergangene Schiedspruch vom 26. Oktober ist nichtig.

Der Konflikt in der Eisenindustrie, der am 1. November vorigen Jahres ausgedehnt war, ist praktisch durch den Schiedspruch des Reichsinnenministers beigelegt worden, — aber eben auch nur praktisch. Wegen der juristischen Seite des Streites war bekanntlich das Gericht angerufen worden und dies hat jetzt in letzter Instanz gesprochen, nachdem die erste den Arbeitgebern, die zweite den Arbeitnehmern recht gegeben hatte; die letzte Instanz, das Reichsarbeitsgericht, hat wieder den Standpunkt der Arbeitgeber zu dem ursprünglichen Spruch des Schiedsrichters und seiner Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister gebilligt.

Das ist um so interessanter, als diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts fast unmittelbar mit Aufhebungen des jetzigen Reichsarbeitsministers Willfall über das Schlichtungsverfahren zusammenfällt; beide Seiten vertreten nämlich einen fast gegenüberliegenden Standpunkt. Während Minister Willfall geäußert hatte, ein für verbindlich erklärter Schiedspruch stelle eine Gesamterkenntnis dar, also einen neuen Tarifvertrag dar, der natürlich über bestehende tarifliche Bindungen beseitigt, erklärte das Reichsarbeitsgericht gerade das Gegenteil. Außerdem weist der Minister alle Reformvor schläge ab, obwohl er keineswegs verneint, daß besonders die Verbindlichkeitsklärung nur ein Vorbehalt sei. Aber sie will er am wenigsten wissen, weil sie keine Ergebnisse, und zwar für alle Beteiligten, ergibt habe und geradezu notwendig dafür sei, der Wirtschaft folgend schwere soziale Einrichtungen zu erparieren.

Natürlich kommt für das Reichsarbeitsgericht Zweck und Ziel der Schlichtungsordnung nicht in Frage, sondern lediglich die juristische Beurteilung darüber, ob diese Bestimmungen eingehalten worden sind oder nicht. In der Begründung zu seinem Spruch läßt das Gericht Kritik an den nach jeder Ansicht lüdenhaften Bestimmungen, verweist auf Verfahrensängel und berührt dann den Kernpunkt des Streites zwischen den Eisenindustriellen und ihren Streikern; die Tatsache nämlich, daß der Schiedspruch lediglich durch den Schlichter allein

gesetzt sei, aber nicht durch eine Mehrheit der Schlichtungskammer. Das widerspreche dem Sinn des Gesetzes, weil dies ein kollegiales Willensfindungsgesetz der Kammer verlange. Eine Minderheit aber könne nur dann einen Spruch fällen, wenn das Gesetz dies ausdrücklich erlaube; das sei nicht der Fall, wenn diese Minderheit ein einzelner ist.

Wendet sich also die Reichsarbeitskammer hiermit gegen Mängel der inneren Willensfindung der Kammer, die aber von ihr als Revisionsinstanz nicht nachgeprüft werden konnten, so tadelt sie das weitere den Standpunkt der Vorinstanz, daß die Schlichtungsschlichter beauftragt seien, in bestehende Tarifverträge einzugreifen, wenn dies im höheren Staatsinteresse zur Herbeiführung des Arbeitsfriedens geboten ersieht. Vielmehr sei als schlichtungsfähige Sache nur ein Gesamtinteressenstreit und nur über Gegenstände zu betrachten, die nicht bereits durch vertragsgerechte, also tarifliche Bindungen geregelt seien. Das war nämlich der zweite Einwurf, den die Arbeitgeber gegen den ursprünglichen Schiedspruch und damit seine Verbindlichkeitsklärung vorbracht hatten: er greife in einen bestehenden Mantelvertrag ein und sei deswegen rechtsunzulässig. Das Reichsarbeitsgericht billigt dies durch die Feststellung, daß ein Schlichtungsverfahren nicht eingeleitet werden könne zu dem Zweck, einen bestehenden Tarif oder Teile von ihm abzuändern, weil das eine Einvernehmen zwischen den Parteien des Mantelvertrages bedeuten würde. Es habe sich beim Eisenkonflikt im tarifwidrige Wirtschaftskämpfe gehandelt und die Ansicht des Berufsgerichts würde zu einer Begründung tarifwidriger Lohnsätze und zu einer Unterbindung der Verteilung der Verteilung führen. Wenn jede Tarifpartei eine bestehenden Vertrag als ihren Interessen nicht entprechend erklären dürfte, würde dies eine starke Unsicherheit und eine Gefährdung des Wirtschaftslebens herbeiführen. Der Schlichtungsausschuss sei über seine Zuständigkeit hinausgegangen und sein Spruch müsse für nichtig erklärt werden.

Diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts hat also einen mehr als nur theoretischen Wert. Vorschläge für eine Reform des bestehenden Schlichtungswesens sind ja von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite bereits gemacht worden und die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts dürfte neues Material für die Lösung der schwierigen Frage bieten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* * * Reichsarbeitsgericht hat als letzte Instanz den Schiedspruch im Eisenkonflikt für nichtig erklärt.
* * * Im auswärtigen Aufschuß des Politischen Zeitschriftenvertriebes der Führer der Deutschen Fraktion in scharfer Weise auf die Anklage Jaleffs gegen das Deutsche Reich in Polen.
* * * Im Englischen Unterhaus erklärte der Premierminister Lloyd George, daß die englische Regierung die Frage des Bundes eines Staatsamtes zwischen England und Frankreich in wohlwollender Weise prüfen wolle.

Wiederzusammentritt des Preuss. Landtags

(31. Sitzung.)
tt. Berlin, 22. Januar.
Der Preussische Landtag, der am heutigen Tage seine Volltungen wieder aufnahm, beschäftigte sich mit einem Programm des Hauptauswahlschusses für die

Abteilung und mögliche Verbesserung von Umwetterfäden.
Anßer um jährliche Einzelmaßnahmen für die betreffenden Gebiete wird das Staatsministerium ersucht, den in den letzten Jahren durch Umwetter und Überflutungen geschädigten Landwirten, Pächtern und Gewerbetreibenden, denen zur vorübergehenden Darlehen im Bedarfsfalle zu erlassen bzw. zu künden, auf die Freile und Provinzen, die an diesen Darlehen beteiligt sind, einzutreten, im gleichen Sinne zu verfahren und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.
Der Ausschuss hat sich dem mit einem Bericht des Sozial- und Gewerbeschusses, worin die Annahme eines parlamentarischen Antrages empfohlen wird, der das Staatsministerium ersucht, durch verbriefte Anwendung der Schutzbestimmungen und Vernehmung der Tarifschlichter

der Arbeiterchaft den notwendigen Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit zu sichern, unter besonderer Berücksichtigung der Beschäftigten von Schiffe der Jugendlichen, auf den sie nach der Verfassung, nach den Arbeiterchutzesetzen und moralisch Anspruch hat.

Die Ausschussberichterstatterin, Abg. Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verbriefung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Generalinspektoren ausreichen erhöht wird.

Der Ausschussantrag wurde angenommen.
Seine Ausföhrung würde die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über Schutzaffen und Munition zur Kenntnis genommen und dabei der Aufschlagsantrag des Reichsausschusses angenommen, der das Staatsministerium ersucht, die Verwaltungsgebührenfrage nochmals nach der Sachlage nachzuprüfen, ob nicht eine Teilung zwischen der Staatskasse und den die Arbeiter leistenden Kommunalbehörden erfolgen kann.

Das Haus nahm darauf einen deutschen Antrag an, nach dem die gerichtliche Verfolgung von Abgeordneten, die als verantwortliche Redakteure tätig sind, erloschen wird.

Der preussische Landwirtschaftsetat.

(32. Sitzung.)
tt. Berlin, 23. Januar.
Zur Beratung stand als einziger Gegenstand die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Antrag der Wirtschaftspartei über die Erleichterung von Finanzstrafenlassen dem Verwaltungsausschuss, der Antrag der Sozialdemokraten über Änderung der Disziplinarrichtlinien dem Beamtenauschuss überwiesen.

Abg. Peters-Hochmann (Soz.) erläuterte sodann den Bericht über die Beratungen des Hauptauswahlschusses zum Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Mit der Beratung verbunden wird die Beantwortung einer großen Anzahl von Anfragen. Sie betreffen insbesondere die große Notlage der Landwirtschaft im allgemeinen und besonders in den Grenzgebieten. Ferner werden verlangt die Förderung der Ansiedlung, die Niederlegung von Winterweiden, die Steuerverminderung der Fischerbevölkerung, Besserung der Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter, Meliorationen, Kanalarbeiten und Entwässerungen, Kredit- und Sichererleichterungen, Hilfsmaßnahmen zur Steuerverminderung der juderübenbauenden Landwirtschaft. Für diese Fragen liegt auch eine Anzahl großer Anfragen vor. Die große Anfrage der Sozialdemokraten über die Preisentlastung soll erst später, voranschicklich beim Finanzhaushalt, zur Beantwortung kommen.

Abg. König (Ztr.) erläuterte den Bericht über eine Reihe von Anfragen, die zum Hauptauswahlschuss schon behandelt waren.

Landwirtschaftsminister Dr. Siegel

führte u. a. aus: Bei Betrachtung der Landwirtschaft spielt nicht naturgemäß die Frage der Rentabilität die Hauptrolle. Wenn man die Preise für 1913 mit 100 einsetzt, so betragen die Preisindexpreise für landwirtschaftliche Produkte im Jahre 1929 nur 116, was ein völlig unzulänglicher Preisstand ist, zumal wenn man bedenkt, daß in der gleichen Zeit die Preise

für die industriellen Fertigungsabteilung einen Stand von aber 100 erreicht hatten. Aber über diesen Stand hinaus hat die Industrie der industriellen und der landwirtschaftlichen Produkte auf der Basis von etwa 140 Genährer und im Frühjahr 1927 auf ein gewisses Gleichgewicht zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten hergestellt. Trotzdem ist am Getreide- und Viehmarkt wieder ungünstige Verhältnisse eingetreten und eine der wesentlichen Fragen ist daher, wie wir die Preise für Brotgetreide

auf die erforderliche Höhe bringen und stabil erhalten können. Grundsätzlich ist im letzten Jahre die Ernte sehr viel größer geblieben, als bei den letzten Jahren. Es liegt bei der Frage, wie man die Brotgetreidepreise in vernünftiger Weise den Marktwirtschaftsverhältnissen anpassen kann. Es gibt in der Landwirtschaft eine Richtung, die sehr früh sagt: Durch Erhöhung der Preise! Wenn man die Preise aber nachdrückt, dann erweist es sich, daß unsere heutigen Ziele überhaupt nicht so im Preise ausgedrückt haben, wie man allgemein annimmt. (Hört! hört! rechts.) Weiter ist eine Drosselung der Einfuhr vorgeschlagen worden. Auf diesem Gebiete kann aber festgestellt werden, daß wir bei Weizen fast überhaupt keine Einfuhr haben, wohl aber infolge unserer fast neigenen Ernte eine erhebliche Ausfuhr. Und auch beim Weizen ist der Überschuss der Einfuhr über die Ausfuhr nur unwesentlich höher als in der Vorjahreszeit. Weiter ist dem Präsidenten des Deutschen Reichstages, Grafen v. Helldorf, wegen worden, eine Stabilisierung der Getreidepreise durch eine

Monopolisierung der Getreideeinfuhr

herbeizuführen. Wenn man überhaupt an Monopolisierung denkt, kann man es nicht bei der Einfuhr belassen, sondern muß den ganzen Getreidehandel monopolisieren. Wenn man bedenkt, daß gerade die Schweiz jetzt ihrer für ein Monopol günstigen Lage das Monopol jetzt abgibt hat, so beweist das doch, daß das Monopol gewöhnlich den Interessen der Verbraucher zuwiderhandelt und nach dem Kriege etwas ähnliches gehabt. Und wer möchte das wohl noch einmal durch-

Tagen müsse man der

Bewirtschaftung der Ernte

und damit der Verringerung des Angebotes eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Preisveränderung in der Viehwirtschaft

ist seitlich der Auf der Höhe von Vieh und Staat laut geworden. Die Schenkungen der Getreidepreise nach den vorliegenden Anzeichen in Zukunft nicht mehr so erheblich sein wie in der Vergangenheit. Die Preisveränderung selbst ist gegenüber früher auf die einfache Weise lösen können. Es könne die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die deutsche Landwirtschaft bei der nächsten Ernte sich hinsichtlich der Getreidepreise in einer günstigeren Stellung befindet. Auch in bezug auf die

Wilhelm II.: Meine Vorfahren

Das Geburtsstagsbuch Wilhelms II.

Der ehemalige Kaiser über seine Ahnen.

Der ehemalige Kaiser hat kurz vor seinem 70. Geburtsstagsbuch in Berlin „Verlag für Kulturpolitik“ ein Buch „Meine Vorfahren“ erscheinen lassen. Es dem Werk vorangegangenen Nächst beschränkt, daß der ehemalige Kaiser mit diesem Buch, das er seiner jetzigen Gemahlin, Prinzessin Hermine, gewidmet hat, seine Urmutter zu seinem 70. Geburtsstagsbuch überreichen wollte. Mit Erlaubnis des Verlages entnehmen wir dem Buch einige Schilberungen. Die erste behandelt einen Ausschnitt aus dem Leben Friedrichs II., die zweite schildert den Lebensabend Kaiser Wilhelms I., die dritte ruft die letzten Tage Kaiser Friedrichs III. in die Erinnerung zurück.

Napoleon und Friedrich der Große

Als das zunehmende Alter die Arbeitskräfte hemmte, der Körper zu fieseln begann, hat der Große König viel bei sich Einfuhr gehalten, gedacht, genommen und in Erinnerungen gelebt. Da wird ihm doch oftmals auch sein „genialtätiger“ Vater in seinen großen Leistungen und seinem ehrliehen Wollen vor Augen getreten sein, und in Erkenntnis dessen, daß er Friedrich das Handwerkzeug in Land, Meer, Finanzen und Beamten geschaffen und bereitgestellt hat, wird er seine Anstalten über seinen Vater eine Revision, wohl zumunsten des letzteren, haben unterzogen und hätte Abhilfe leisten müssen für manches zu vornehmliche, scharfe, kluge Urteil, das er als Kronprinz gefaßt hat. Ja, des Vaters unerfüllte Pläne, seine Hoffnungen hatte er weit, weit übertrifft! Wenn der sein Preußen jetzt sehen könnte! Jetzt sollte so werden wie der Vater, er war — durch ihn — noch viel mehr geworden! — Aber in einen behielt die Sorge des Vaters doch recht. Er hatte das ausländische, unpreussische, neue, fremde Wesen gehabt, dem der Preußenkönig sich nicht hätte fügen wollen, weil er für den Bestand seines Preußenreiches das Wesen als ein feindliches Gift empfand und fürchtete. Dieses Gift war tatsächlich im Begriff, in den Körper des Preussischen Staates und Volkes überzugehen, sich hineinzupressen. Friedrich konnte es lebend noch zum bannen, aber, nachdem er die mühen Ähren endlich gelöst hatte, wirkte es weiter, bis sein Lebensabend ein Vierteljahrhundert später schmählich zusammenbrach. Es kam, wie jedem in Gegenwart, weil er für den an Friedrichs Tage in der Barnimstraße zu Potsdam konnte Napoleon seine Gedanken befehlen: „Gut ab, meine Herren, wenn der noch lebte, fänden wir nicht hier!“

„Schlichter Mannmann am Fürstentum.“

Gedanken über Kaiser Wilhelm I.
Für sein prächtiges, tapferes Herz schlug kein Herz unter dem Wappenstein bis zum letzten Abendstage mit heißer Liebe und dankbarer Anerkennung. Solange seine Gesundheit es ihm gestattete, hielt er die Mäander ab, und seine stets den Nagel auf den Kopf treffenden Kritiken waren bei ihrem Schluß nicht nur hochlobender Anerkennung, sondern auch zugleich voll wahrer, richtigster, Tadel. Als im Jahre Vereinfachung der Friedenssumme vorstellig, lehnte der

daß die Regierung zu der Überzeugung gelangt sei, daß die Frage des Baues eines

Tunnels unter dem Arnellanal einer erneuten gründlichen Prüfung unterzogen werden müsse. Die wirtschaftliche Seite der Frage müsse gemeinsam mit der Frage der Reichsverteidigung untersucht werden. Es sei aber notwendig, eine überparteiliche Untersuchung zu veranstalten. Damit die Entscheidung einer Regierung nicht durch eine spätere Regierung umgewandelt werde, wolle man deshalb Macdonald und Lloyd George als Führer der Oppositionsvereine, bei der kommenden Prüfung des Planes mit der Regierung zusammenarbeiten. Bezüglich der Frage der Reichsverteidigung werde der Reichsverteidigungsausschuß sein Gutachten abzugeben haben.

Es sei daran erinnert, daß im Jahre 1924 während der Amtszeit Macdonalds der Plan eines Tunnels unter dem Kanal auf Antrag des Reichsverteidigungsausschusses einstimmig abgelehnt worden ist. Jetzt soll, wie der Abgeordnete Williams in Hull, ein der Saupfänger des Planes, versichert, in beiden Häusern des britischen Parlaments eine sichere Mehrheit dafür bestehen. Eine von der „Times“ veranfaßte Kundfrage scheint das zu bestätigen.

Das französische Tunnelbaufomitee

zeigt sich in einer „Einschließung“ errent über die Sinesänderung in England und betont, daß es einen Zustimmungsvorschlag der englischen Regierung als das wertvollste Werkzeug der Annäherung zwischen Frankreich und England und als die endgültige Garantie des Friedens in Europa betrachten würde.

Abweilandauftrag in Unterhause

Überl Wedgwood Benn richtete in Unterhause an den Abweiländer G. B. Hamilton die Frage, ob er in der Lage sei, über den Verlauf der Verhandlungen bezüglich der Räumung des Rheinlandes Auskunft zu geben, und ob er dem Saupfänger irgendwelche Informationen über die Reparationsfrage zu geben habe. Chamberlain erwiderte, daß in der Frage der Rheinländerung keine Veränderung gegenüber dem Stand der Verhandlung des Saupfängers und seiner letzten Erklärung im Dezember stattgefunden sei. Die Anfrage über die Reparationsfrage beantwortete G. B. Hamilton, indem er nur erklärte, daß die Bildung des Sachverständigenausschusses erfolgt sei. Die Arbeiten des Ausschusses würden in der ersten Februarwoche beginnen.

Antwort an Jaleffi.

Der Führer der deutschen Sejmfraktion gibt sie.
Im Auswärtigen Ausschuß des Polnischen Landtages (Sejm) nahm der Führer der deutschen Fraktion, Abgeordneter W. A. M. a. a., das Wort, um auf die letzten Ausführungen des Außenministers Jaleffi zu antworten. W. A. M. a. a. nahm in entscheidender Weise Stellung gegen die

Fähig sie mit dem Bemerkten ab: „Wenn ich das Welt dazu hätte, verliche ich jedem Soldaten eine besondere, möglichst bunte Uniform und sagte ihm: Dein Blut ist der schönste!“ Im Frieden so bunt und glänzend als möglich, im Kriege möglichst einig.“ Wie mein Vater sagte: „Im Kriege einen Blick!“ Zur Parade den Parade!“ Sein Verhältnis zur christlichen Kirche war — seiner ganzen Einstellung zur Religion entsprechend — ein enghes und festes, und er schätzte den Geistlichen ihres Demut und bescheidene Dankbarkeit Gott gegenüber ein. Seine Arbeitskraft war erfränlich; bis tief in den Abend hinein arbeitete sich zuweilen auch noch das Studium der Briefe, die zu diesen Stunden von ihm angesetzt lagen.

Sein ergreifend waren die Bedingungen von ihm und fassen und aus der ganzen Welt zu seinem 90. Geburtstag, ein Jüngling für den Eindruck, den sein ganzes Wesen sowie seine allerbester, erjüdrungsgebiete Gestalt bis in die fernsten Zeiten hinein festgelegt hatte. Vertrauen, Ehrfurcht, Liebe wurden ihm als Gelehen zu Füßen gelegt, die er in rührender Demut entgegennahm, mit Dank gegen Gott, dessen „schlichter Mannmann am Fürstentum“ auch er nur sein wollte.

Als er den letzten Lebensjahre ausbaute, hat er nicht, was von seinem Hause noch übrig war, um sein Lager verfrachten — mit Ausnahme des fern im Süden mit höchstem Gebirg umflossenen, schmerzlich vermögten Sohnes — und vor dem Palais ein betendes Bild mit schmerzhaftem Herzen für immer schloß, nehmend von seinem erjüdrungen und in Wahrheit geliebten Kaiser und König Wilhelm, dem wohl mit Recht noch den historischen Leistungen, die unter seiner Herrschaft zu überweltlichen Taten wurden, der Beiname „der Große“ gebührt! Vale sancte Imperator!

Kaiser Friedrichs Wählpruch.

Große Freude und Abklärung von bunten Gedanken brachte ihm die im letzten Jahrzehnt 1878-1888 durchgeführten Reichstagen im kleinen, sonnigen Stalien, das er so sehr liebte und mit dessen edlen, ritterlichen, aufrechten Herrscher König Humbert ihn eine herrliche, aufrichtige Freundschaft verband. Welch einen Zauber der Begeisterung löste der Kronprinz bei den Römern aus, als er anlässlich seines ersten Besuches bei „St. Umberto“, neben diesem auf dem Balkon des Quirinals sitzend, die Bedingungen der Quirinaler ergriffen haben, im Hinblick in Pontonem Handeln, den seinen Sohn des Roms — den letzten König — hoch auf seine Arme nahm und den in hoher Begeisterung stehenden Römern ihren zukünftigen Herrscher zeigte! „Evviva la Germania!“ hieß es damals, „evviva Federico!“ — Tempi passati!

Das stidische Leben, das den herrlichen, ritterlichen, redlichen, einen Siegfriedsgehalt gleichenden Kärnen befehl und seine kurze Regierungzeit hindurch so furchtbar penigliche demütigte er durch seinen gutgehabten, festschreitenden christlichen Glauben zu tragen und zu überwinden, bis des Herrn Erbe, ihn von seinem Leben erlösend, heimlich. Wie im Leben, so machte er auch im Sterben seinen Wählpruch wahr: „Fürstlich und treu!“

Wäge dieser Wählpruch stets unserem Hause und unserem Volke vor den Augen bleiben und uns stets gegen den Feind zugrunde gehen.

Verhandlungen des obersteleischen Deutschen Volkstages, die der Minister sich in 2 u. n. a. erlaubt habe.

In einem unlangem von einer amerikanischen Nachrichtenagentur veröffentlichten Interview habe Jaleffi keine Anklagen auf das gesamte Deutschland in Polen ausgeübt und der deutschen Minderheit französischdeutsche Bestimmung vorgezogen. Der Minister habe es zu beargwöhnt, als ob die deutsche Minderheit in Polen besondere Vorrechte besitze. Das sei grundlos. Die Tatsache, daß ein Mann wie der obersteleische Woiwode Czajkowski seine deutscheindeutsche Politik fortsetzen dürfe, beweise, daß die früher geprägte Parole „Eindringung des Landes“ noch immer in Geltung sei. Die Behauptung des Außenministers, daß der sogenannte „Erdbeben“ in einseitiger Hinsicht rein polnisch sei, werde in schlagender Weise dadurch widerlegt, daß Kommerzien fünf deutsche Volkstretter in den Sejm entsandt habe.

Auf Raumanns Rede erwiderte der nationaldemokratische Abgeordnete Czajkowski mit neuen heillosen Angriffen gegen die Deutschen in Polen und gegen die Deutschen überhaupt. Er behauptete u. a., daß die Angriffsliste Deutschlands immer größer werde, und daß sich der aus Deutschland, Litauen und Sowjetrußland bestehende Ring immer enger um Polen schließe.

Aman Allah rüft.

Ein vierter König von Afghanistan.
Einer Meldung aus Herat zufolge sind militärische Streitkräfte aus Kandahar und dem Gebiet von Ghafni zusammengezogen worden. Man glaubt, daß Aman Allah, nachdem er seine Abdankung für nichtig erklärt und die Herrschaft wieder übernommen hat, sich an die Spitze der Truppen stellen wird. In Kabul macht sich Wangel an Lebensmitteln bemerkbar. Die Preise sind fast gediegen. Es sind Hungererregungen vorgekommen. So wurde das Eigentum einer ausgetretenen französischen Schule geraubt. Das gleiche Schicksal droht der deutschen Schule. Durch die völlige Isolierung Kabuls fließt der Handel, was eine große Aufregung in der Kaufmannschaft erzeugt. Unter der Bevölkerung machen sich Sympathien für Aman Allah bemerkbar.

Nach einer Meldung des Daily Telegraph aus Afghanistan soll König Habib Allah, dessen Ermordung demontiert wird, nicht mehr das volle Vertrauen seiner Anhänger besitzen. Unterdessen hat sich ein vierter Anwärter auf den Thron gemeldet. Wahamand Omar Khan soll mit Hilfe des Stammes der Schinwaris, gegen den Habib Allah kämpfte, den Versuch machen, den Thron in Kabul für sich zu gewinnen. Er soll bereits im Anmarsch auf die Hauptstadt Afghanistan sein.

Für die vielen Beweise freundlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Josephe Möhring
Familie Schwarz

Im Güterrechtsregister ist heute eingetragen Seite 45: Generalbevollmächtigter **Martin Bleistein** und Ehefrau **Edith Bleistein geb. Däumichen** in **Annaburg**; durch notariellen Vertrag vom **6. Dezember 1928** ist Verwaltung und Nutzung des Ehemannes ausgeschlossen, sowohl an dem eingebrachten Gut der Ehefrau als auch an dem Vermögen, das diese während der Ehe etwa noch erwerben sollte.

Unterschiedsgericht Pretzin, 21. Dezember 1928.

Kirchen-Steuern

Hiermit wird gebeten, die rückständigen Steuern bis zum **15. März 1929** an Herrn **Dio Schwarz** zu zahlen, widrigenfalls die Einziehung durch das Finanzamt erfolgen dürfte.

Der Gemeindekirchenrat.

Bekanntmachung.

Ein Paar Handschuhe sind als gefunden abgegeben worden.

Annaburg, d. 21. Jan. 1929.
Der Amtsvorsteher,
J. W. Duehl.

Ich bestätige hierdurch, daß Herr **Paul Stange** lt. Handwerkskammerbesetzung das Recht zur Ausbildung von Lehrlingen hat.
Hempe.

Ein. Lehrling

sucht zu Ostern unter günstigen Bedingungen

Wilhelm Fromm,
Sattlermeister u. Tapezierer,
Sefen a. Elster.

Wer baut!

Ich liefere

Baukörper u. eis. Dachbinder auch Abbruchmaterial billigst frei Baustelle.

Angebot verlangen.

Wolff Neide, Wittenberg

Grünstr. 15, Tel. 848.

Prima

Ränder-

Speck- Aal

empfeht

J. G. Fritzsche.

Masken-

Kostüme

verleiht und fertigt an

Helene Arndt,

Mittelstraße 17.

Mein

Inventur- Ausverkauf

zu erstaunlich
niedrigen Preisen
dauert bis **26. Januar.**

Was Sie noch an Waren für die kalte Jahreszeit brauchen müssen Sie jetzt einkaufen!

Es ist Ihr Vorteil!

Ganz ausgefallen niedrige
Räumungspreise
für Mäntel, Kleider, Strickjacken
und andere Wollwaren

Auf sämtliche anderen Waren **10% Rabatt**
außer Bleche und Kurzwaren

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Carl Duehl.

◆◆◆◆◆

Tonröhren

Krippenschalen

Schweinekrüge

Ferkelkrüge

empfeht

Wilh. Kunze.

Apfelsinen

u. **Zitronen**

empfeht

J. G. Fritzsche.

Pa. Pflanzenmus

Marmeladen

Maishrup

Citronaishrup

sowie **Konfitüren**

empfeht

Arthur Sönnemann

Markt 19.

Garantiert reinen

Blüten-

Bienenhonig

empfeht

Arthur Sönnemann

Markt 19.

Neue Gemüse- und

Obst-Konferven

empfeht

J. G. Fritzsche.

Frachtbriefe

empfeht die Buchdruckerei

Ohrschdäger

vorrätig bei

Wilhelm Waiss.

Rechnungsbücher,

Quittungsbücher,

Rechnungsbücher,

Heute, Donnerstag: frische Seefische

und Freitag:
frische grüne Heringe

J. G. Fritzsche.

Lichtspielhaus

Neue Welt
Freitag, Sonnabend und Sonntag 8 1/2 Uhr:

Der außergewöhnliche Spielplan der die größten Luststürme entfesseln wird. Das lustige Dreigestirn vom „Wochenendauber“:

Harry Liedtke
Maria Paudler-Fritz Kamper
in

Dragonerliebchen.

Ein lustiger Film von schneidigen Dragoner-Offizieren und feinen Wiener Mädeln.
Motto: Wie man einen Mann verliebt macht etc.

Harry Liedtke ist wie immer von bezaubernder Liebenswürdigkeit. In gelungenem Zusammenspiel mit **Maria Paudler** und **Fritz Kamper** wird dieser Film des grundfähigsten Beifalls aller sicher sein.

Ferner: **Der Komödiantenprinz**
Eine tolle und lustige Gagabundengeschichte in 6 Akten.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Gr. Kindervorstellung
Eintritt 20 Pf.
Gute Musikbegleitung.

Rote Hände

oder brennend rotes Gesicht wirken anfein. Ein wirksames Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schneeweiße **Creme Leodor**, auch als herrlich kühlender Baberunterlage vorzüglich geeignet. Lieberausgeber Erfolg, Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch **Reodor-Deodorant**, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Heilichliche An- und Abmehdeschneide

und vorrätig in der Buchdruckerei **H. Steinbeiß.**

Freitag, den 25. Januar, abends 8 Uhr
im „Bürgergarten“:
Große öffentl. Versammlung.
Thema: **Erziehung mit und ohne Gott.**
Referentin: **Frau Christl Amon, Leipzig.**
Werttätige erscheint in Massen, protestiert gegen das kommende Konfordat.
Verband für Freidentertum und Feuerbestattung e. V., Sitz Berlin
Ortsgruppe Annaburg.

Arb.-Turn-Verein „Jahn“
Annaburg
veranstaltet am **Sonnabend, d. 26. Januar,** abends 8 Uhr, in sämtlichen Räumen des „Bürgergarten“ einen
großen
öffentl. Maskenball
Hierzu ist jedermann freundlich eingeladen. Eintritt für Masken und Zuschauer 50 Pf. Karten im Vorverkauf sind im Bürgergarten zu erhalten.
Die Vereinsleitung.

Annaburger Landwehr-Verein.
Sonnabend, den 26. Januar 1929, 20 Uhr
findet im Goldenen Ring unter

Winter-Vergnügen

verbunden mit Theater und Ball statt.
Zur Aufführung kommt:

Kaiserplatz 3, eine Treppe.

Operettenschwan in 3 Akten
(vom Stadttheater Wittenberg).
Unsere Mitlieder mit ihren Angehörigen sind hierdurch herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Schweine-Versicherungs-Verein

Annaburg und Umgegend.
Sonnabend, den 2. Februar findet im Gasthof „Neue Welt“ ein

Fastnachts-Ball

statt. Näheres später.
Der Vorstand.

Der Rauch-Klub „Kuba“

in Kol. Raundorf
veranstaltet am **Sonnabend, den 26. Januar,** im **Kilian'schen Saale** sein diesjähriges

Winter-Vergnügen

Gäste sind herzlich willkommen.
Der Vorstand.

MUSIK UND THEATER

die große illustrierte Halbmonatschrift
die - überaus reichhaltig und vielseitig illustriert - jedem geistig interessierten und am kulturellen Leben Deutschlands teilnehmenden Menschen unentbehrlich ist!

Abreißkalender

sind vorrätig in der
Buchhandlung **Herm. Steinbeiß**

Rodel-Schlitten und Schlittschuhen

empfeht **J. G. Fritzsche.**

Drucksachen jeder Art

werden schnellstens angefertigt.
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Mein

Inventur-Ausverkauf

bietet große Vorteile!

Die Preise sind teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt!

Niemand versäume diese günstige Einkaufs-Gelegenheit!

Ernst Peschke

Ackerstr. 16 Annaburg Ackerstr. 16

Redaktion, Druck und Verlag von **Herm. Steinbeiß, Annaburg**

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Vertriebsstellen, Zigarrenhändler, S. entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reichsteil 30 Goldpfennig, einzeln Umgehbarer, Schwebiger und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsb.

Nr. 10.

Donnerstag, den 24. Januar 1929.

32. Jahrg.

Stadt und Land

„Höhere“ Städter — „einfache“ Landbewohner.

Tagung des Preussischen Landgemeindegewalt West-Land und Hauptauschuss des Preussischen Landgemeindegewalt West sind in Berlin zu einer Tagung zusammengetreten, die mit einer Sitzung des Hauptauschusses begann. Auf dieser Sitzung sprach Staatsminister a. D. Dr. Dreuss über „Probleme der Verwaltungsreform im Reich und in Preußen“. Der Redner ging zunächst ausführlich auf das vom preussischen Minister des Innern jüngst entwickelte Reformprogramm ein. Er verdeutlichte es außerordentlich, daß der Minister die restlose Durchführung der grundsätzlichen Gleichstellung von Stadt und Land verwirklichen will. Die in früheren Zeiten vielleicht gerechtfertigte Differenzierung zwischen dem „höheren“ Städter und dem „einfachen“ Landbewohner muß im heutigen Volksstaat unter allen Umständen aufhören. Im dringenden Interesse des ländlichen Landes liegt es, daß das Auscheiden kreisangehöriger Städte aus dem Landkreis nicht mehr wie bisher ein für allemal von einer bestimmten Einwohnerzahl abhängig gemacht wird. Grundes jeder rationalen Verwaltungsreform muß sein, daß der Gemeinde alle Aufgaben und Tätigkeiten überlassen werden, die in wirtschaftlich vernünftiger Weise von ihr wahrzunehmen werden können. Zur Eingemeindung von politisch angehörigen Städten in die Kreise sind die Wünsche der kreisangehörigen Städte nicht die Wünsche der letzteren hinsichtlich ihrer Ausbreitungsmöglichkeiten auszulagern sein dürfen.

Sobald behandelt der Redner die Frage der Reichsreform. Er wies auf die großen Gefahren hin, die darin liegen, daß die Verwaltungsapparate des Reiches und der Länder sich vielfach schneiden. Den Reformentwurf des Bundes zur Erneuerung des Reiches lehnte er ab, weil Norddeutschland in einschneidender Weise benachteiligt würde. Dreuss glaubt, daß Preußen sich im höheren deutschen Interesse auf dem Wege des Deutschen Vaterlandes opfern müsse. Aber seine Provinzen müssen den bisherigen Ländern im Prinzip als gleichberechtigte Gebilde zur Seite gestellt werden. Alle Aufgaben, die nur von einem wirtschaftlich Großstaat verwaltet werden können, müssen auf das Reich übergehen, das zur Ausführung seiner Befehle unmittelbare Befehlsgewalt über jeden Landesbeamten haben müsse. Den Ländern würden vor allem die Kulturfragen reserviert bleiben. Dreuss glaubt, daß man, genau wie Bismarck es tat, die endgültige Reichsreform den süddeutschen Staaten, so bedauerlich dies sei, nur durch Einräumung gewisser Verwaltungsrechte abtaufen müsse. Als zweiter Redner sprach Ministerialrat Dr. Surén über „Interkommunale Leistenausgleich“. Er gelangte zu dem Resultat, daß den leistungsschwachen Gemeinden die Differenz zwischen ihrem eigenen Kopfsteuern und den Leistungen der benachteiligten Gemeinden umfassen, daß in ärmeren Gemeinden die Ausgaben verhältnismäßig hoch seien, die Erfahrungstatsache bestätigend, daß in Gemeinden mit ärmerer Bevölkerung die Zahl der Kinder in der Regel einen relativ größeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmache. Deshalb sei es zweckmäßig, bei der Berechnung des Kopfsteuermessungswertes eine künstlich erhöhte Einwohnerzahl zugrunde zu legen.

Der Bankapfel.

Das Reichsbeitsgericht sollte nach Verhandlung der Berufung im Arbeitskonflikt Nordwest folgendes Urteil: Das Urteil des Landesarbeitsgerichts Duisburg vom 24. November 1928 wird aufgehoben. Die Berufung der Beklagten gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg vom 12. November 1928 wird zurückgewiesen. Der in der Streitsache der Parteien eingegangene Schiedsspruch vom 26. Oktober ist nichtig.

Der Konflikt in der Eisenindustrie, der am 1. November vorigen Jahres ausgebrochen war, ist praktisch durch den Schiedsspruch des Reichsinnenministers beigelegt worden, — aber eben auch nur praktisch. Wegen der juristischen Seite des Streites war bekanntlich das Gericht angerufen worden und dies hat jetzt in letzter Instanz gesprochen, nachdem die erste den Arbeitgebern, die zweite den Arbeitnehmern recht gegeben hatte; die letzte Instanz, das Reichsbeitsgericht, hat wieder den Standpunkt der Arbeitgeber zu dem ursprünglichen Spruch des Schiedsrichters und seiner Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister gebilligt.

Das ist um so interessanter, als diese Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes fast unmittelbar mit Ausführungen des jetzigen Reichsarbeitsministers Wißell über das Schlichtungsverfahren zusammenfällt; beide Seiten vertreten nämlich einen fast gegenwärtigen Standpunkt. Während Minister Wißell geäußert hatte, ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch stelle eine Gesamtvereinbarung, also einen neuen Tarifvertrag dar, der natürlich schon bestehende tarifliche Bindungen beseitigt, erklärte das Reichsbeitsgericht gerade das Gegenteil. Außerdem weist der Minister alle Reformvorschlüsse ab, obwohl er keineswegs verkennet, daß besonders die Verbindlichkeitsklärung nur ein Vorbehalt sei. Aber sie will er am wenigsten wissen, weil sie gute Ergebnisse, und zwar für alle Beteiligten, angeht habe und geradezu notwendig dafür sei, der Wirtschaft folgenreichere soziale Einrichtungen zu erlauben.

Natürlich kommt für das Reichsbeitsgericht Zweck und Ziel der Schlichtungsordnung nicht in Frage, sondern lediglich die juristische Beurteilung darüber, ob diese Bestimmungen eingehalten worden sind oder nicht. In der Begründung zu seinem Spruch über das Gericht kritisiert er nach jeder Hinsicht länderfremde Bestimmungen, verweist auf Verfahrensängel und berührt dann den Kernpunkt des Streites zwischen den Eisenindustriellen und ihren Arbeitern; die Tatsache nämlich, daß der Schiedsspruch lediglich durch den Schlichter allein

gefaßt sei, aber nicht durch eine Mehrheit der Schlichtungskammer. Das widerspreche dem Sinn des Gesetzes, weil dies eine kollegiale Willensäußerung der Kammer verlange. Eine Minderheit aber könne nur dann einen Spruch fällen, wenn die Mehrheit nicht zustimmt.



Diese Entscheidung des Reichsbeitsgerichtes hat also einen mehr als nur theoretischen Wert. Vorschläge für eine Reform des bestehenden Schlichtungswesens sind ja von Arbeitgebern wie Arbeitnehmerseite bereits gemacht worden und die Entscheidung des Reichsbeitsgerichtes dürfte neues Material für die Lösung der schwierigen Frage bieten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

Der Reichsbeitsgericht hat als letzte Instanz den Schiedsspruch im Eisenkonflikt für nichtig erklärt.
Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages antwortete der Führer der Deutschen Fraktion in scharfer Weise auf die Anträge Jaleskis gegen das Deutschum in Polen.
Im Englischen Unterhaus erklärte der Premierminister Baldwin, daß die englische Regierung die Frage des Baus eines Kanalsystems zwischen England und Frankreich in wohlwollender Weise prüfen wolle.

Wiederzusammentritt des Preuss. Landtags

(31. Sitzung.) t. Berlin, 22. Januar.
Der Preussische Landtag, der am heutigen Tage seine Bestimmungen wieder aufnahm, beschäftigte sich mit einem Programm des Hauptauschusses über die
Abteilung und mögliche Verhinderung von Unwetterschäden.

Nur um jährliche Einzelmaßnahmen für die betroffenen Gebiete wird das Staatsministerium ersucht, den in den letzten Jahren durch Unwetter und Überflutungen geschädigten Landwirten, Pächtern und Gewerbetreibenden, denen zur verzinslichen Darlehen und zur Erhaltung ihrer Erntegeräte und sonstigen Darlehen im Bedarfsfalle zu erlassen bzw. zu funden, auf die Freise und Provinzen, die an diesen Darlehen beteiligt sind, einzutreten, im gleichen Sinne zu verfahren.
Besonderer kommunikativer Anträge angenommen.

Der Ausschuss beschäftigte sich das Haus mit einem Bericht des Sozialdemokratischen Ausschusses, worin die Annahme eines Sozialdemokratischen Antrages empfohlen wird, der das Staatsministerium ersucht, durch verstärkte Anwendung der Schutzbestimmungen und Vermehrung der Aufwischstränge

der Arbeiterkassen den notwendigen Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit zu sichern.

unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen, auf den sie nach der Verfassung, nach den Arbeiterkassengesetzen und moralisch Anspruch hat.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.

Die Ausschussvorsichtspräsidentin, Frau Hanna (Soz.), erklärt, daß der Antrag einstimmig im Ausschuss angenommen worden sei. Die geforderte Verstärkung der Betriebskontrolle werde sich nur durchführen lassen, wenn die Zahl der Gemeindefunktionäre ausreicht erhöht wird.